

Antrag an die Bundesdelegiertenkonferenz: Handlungsfähigkeit der Kommunen durch
auskömmliche Finanzierung stärken

Antragsteller*in: Tobias Rödel (KV Hagen)

Tagesordnungspunkt: 3. Abstimmung über die Stellung des BDK-Antrages „Handlungsfähigkeit
der Kommunen durch auskömmliche Finanzierung und Altschuldenabbau
stärken“ (Arbeitstitel) durch den Kreisverband Hagen

Antragstext

1 Die KMV beschließt, folgenden Antrag für die nächste BDK zu stellen:

2 **Antragstext:**

3 Unsere Demokratie ist in Gefahr. In Thüringen ist die Partei eines Faschisten
4 stärkste Kraft geworden und in der ganzen Bundesrepublik befindet sich die AfD
5 im Höhenflug.

6 Der Frust über demokratische Parteien ist insbesondere dort hoch, wo es zu wenig
7 Geld gibt. Dort wo vor Ort Schulen bröckeln, Straßen schon Jahre
8 sanierungsbedürftig sind und politische Vorschläge am Geld scheitern – hier sind
9 die Hochburgen der AfD und hier werden demokratische Stimmen immer leiser.

10 Um unsere Demokratie zu retten, brauchen wir handlungsfähige Kommunen.

11 Jede zweite Kommune sieht sich finanziell nicht in der Lage den Klimaschutz
12 anzugehen. 15% der Kommunen können langfristig keinen ausgeglichenen Haushalt
13 aufstellen, viele von Ihnen sind in der sogenannten Haushaltssicherung und
14 können eigenständig überhaupt keine Investitionen tätigen. Selbst in
15 Bundesländern wie Niedersachsen haben nur 10 von 400(!) Kommunen keine Schulden.
16 Darüber hinaus belaufen sich die Investitionsrückstände auf 186,1 Milliarden
17 Euro, allein um die kommunale Infrastruktur auf aktuellem Niveau zu halten. Kein
18 Wunder, denn schon jahrelang investiert hier fast kein EU-Land so wenig wie
19 Deutschland.

20 Für diese Lage ist auch die starre und unflexible Schuldenbremse verantwortlich,
21 da die Kommunen die Schulden machen müssen, die Bund und Länder nicht aufnehmen
22 dürfen. Gleichzeitig sind hohe Sozialausgaben eine wichtige Erklärung für
23 Finanzschwäche. Denn dort, wo besonders viele Menschen für Leistungen berechtigt
24 sind, sind häufig auch die Steuereinnahmen geringer. Hier geraten Kommunen in
25 einen Teufelskreis, denn es fehlt das Geld, um in die Zukunft der Bewohner zu
26 investieren.

27 Es muss etwas passieren, damit unsere Kommunen wieder allen Menschen ein gutes
28 Leben ermöglichen und eine lohnende Zukunftsperspektive zeichnen zu können. So
29 bekämpfen wir populistische Akteure und stärken die demokratischen Kräfte.

30 Die BDK fordert die Bundestagsfraktion und alle Grünen in
31 Regierungsverantwortung dazu auf, Vorschläge zur Entlastung kommunaler Haushalte
32 zu erarbeiten und sich parlamentarisch einzubringen mit dem Ziel, dass alle

33 Kommunen wieder finanziell handlungsfähig im Sinne der kommunalen
34 Selbstverwaltung werden. Maßnahmenpakete dabei sind:

- 35 1. Sozialaufgaben und weitere an die Kommunen übertragene Aufgaben müssen
36 vollständig und im Sinne des Konnexitätsprinzip von den Ländern und dem
37 Bund übernommen werden. Aufgrund diverser Finanzierungslücken, die hier
38 bereits vorliegen, müssen sich Länder und Bund stärker engagieren.
39 Schnelle Entlastungen bei den Aufgaben des Sozialstaats, zum Beispiel den
40 Kosten der Unterkunft, sind nötig.
- 41 2. Die Transparenz im Umgang mit öffentlichen Fördermitteln und Geldflüssen
42 wird erhöht. Dazu wird die schon bestehende Förderdatenbank ausgebaut und
43 die Förderungen an den tatsächlichen Bedürfnissen und der tatsächlichen
44 finanziellen Leistungsfähigkeit ausgerichtet. Ebenfalls wird dies durch
45 die Einrichtung eines Investitions- und Transformationsfonds umgesetzt,
46 der Kommunalinvestitionen ausgiebig und insbesondere in strukturschwachen
47 Gebieten fördert.
- 48 3. Die aktuell über Förderprogramme ausgeschütteten Gelder werden zukünftig
49 vermehrt den Kommunen direkt zur Verfügung gestellt. Das spart Bürokratie
50 und vereinfacht die zielgerechte Verwendung der Gelder. Insbesondere soll
51 dies durch eine Stärkung der ungebundenen kommunalen Mittel erreicht
52 werden. Dies wäre über eine nach Bedarf und nicht finanzieller
53 Leistungsfähigkeit orientierte Verteilung des kommunalen Anteils an der
54 Gewerbesteuer und den Gemeinschaftssteuern (z.B. Einkommenssteuer,
55 Umsatzsteuer) umsetzbar.
- 56 4. Begleitend wird die Doppik auch für Bund und Länder eingeführt, um eine
57 größere Transparenz hinsichtlich öffentlicher Vermögenswerte und Schulden
58 zu erlangen. Die systemischen wie personellen Weichenstellungen sind
59 vorzunehmen.
- 60 5. Hochverschuldete Kommunen stehen vor großen Herausforderungen, wenn sie in
61 die Zukunft investieren wollen. Es müssen deshalb langfristige Lösungen
62 gefunden werden, damit die Lebensverhältnisse in den Kommunen sich nicht
63 strukturell auseinanderentwickeln. Hochverschuldete Kommunen müssen in die
64 Lage versetzt werden, sich selbst zu helfen. Damit Kreditaufnahmen auch in
65 Zukunft finanzierbar bleiben und Lasten verteilt werden, wäre eine
66 Möglichkeit, sie bei der Finanzierung der Zinslast aus notwendigen
67 Kassenkrediten zu unterstützen.

68 Allgemein bekräftigt und erneuert die BDK damit die Bestrebungen aus dem grünen
69 Grundsatzprogramm, dem Bundestagswahlprogramm sowie dem Koalitionsvertrag der
70 aktuellen Ampelkoalition zur Wiederherstellung und Wahrung der finanziellen
71 Handlungsfähigkeit in den Kommunen.

72 Begründung:

73 In Zeiten wachsender populistischer Bestrebungen muss Kommunalpolitik als
74 Gesicht der Demokratie vor Ort im Fokus aller Akteure stehen und von
75 diesen größtmögliche Unterstützung erfahren.

76 Die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und der Zusammenhalt der
77 kommunalen Familie ist durch die Krisenbewältigungen der letzten Jahre aus dem
78 Fokus geraten. Dabei haben die letzten Krisen und das Erstarken der
79 antidemokratischen Kräfte bereits gezeigt, wie wichtig die Handlungsfähigkeit
80 der Kommunen für unsere Gesellschaft ist.

81 Statt sich auf gleichwertige Lebensverhältnisse hin zu bewegen, drohen die
82 Kommunen in Deutschland weiter auseinanderzudriften und die Spaltung der
83 kommunalen Familie schreitet voran. „Arme“ Städte und Gemeinden mit hohen
84 Schuldenbergen und überdrehten Steuer- und Gebührenschrauben rutschen im
85 Wettbewerb gegen „reiche“ Kommunen mit auskömmlichen Steuereinnahmen immer
86 tiefer ins Abseits. Sie verlieren bereits jetzt Bürger*innen, Fachkräfte und
87 Unternehmen an Kommunen, die den finanziellen Spielraum besitzen, um das
88 Gemeinwesen zukunftsfähig zu gestalten. Dabei nimmt die Anzahl der „reichen“,
89 also wirklich eigenständigen Kommunen, stetig ab und deutlich mehr als die
90 Hälfte der Kommunen gibt an, keine Zukunftsinvestitionen tätigen zu können.
91 Faktisch profitiert fast jede Kommune von einem anderen Finanzierungssystem –
92 und die Schwächsten zuerst.

93 Finanzschwächere Kommunen befinden sich auf verschiedene Weise in kaum
94 aufzuhaltenden Abwärtsspiralen, die dringend gestoppt werden müssen. Ein paar
95 Beispiele:

96 • Finanzschwache Kommunen werden durch den Investitionsstau zunehmend
97 schwerer belastet. – Kommunale Infrastruktur droht zunehmend zu zerfallen:
98 Beim ÖPNV wird gespart, Straßen und Plätze werden nicht instandgehalten,
99 Schwimmbäder werden geschlossen und nicht saniert. Schulgebäude bleiben im
100 20. Jahrhundert stehen, Bibliotheken werden eingespart und der Klimaschutz
101 bleibt im Sparzwang stecken.

102 • Finanzschwache Kommunen sind bei der Verteilung von Landes- und
103 Bundesmitteln oft benachteiligt. – Große Teile der Stadtentwicklung (und
104 damit Verbesserungen der Lebensqualität vor Ort) geschehen aktuell durch
105 Förderprogramme. Finanzschwache Kommunen haben aufgrund des
106 Personalmangels (siehe oben) Schwierigkeiten damit, rechtzeitig oder sogar
107 proaktiv qualitativ hochwertige Förderanträge zu schreiben. Außerdem
108 können die Eigenmittel für Förderprogramme, die eigentlich notwendig
109 wären, um aus der Misere herauszukommen, nicht immer aufgebracht werden.
110 So geraten die schwächsten Kommunen gerade bei Zukunftsprojekten, wie
111 Klimaschutz und Klimaanpassung ins Hintertreffen.

112 • Finanzschwache Kommunen versuchen kurzfristig alleine die Anforderungen zu
113 erfüllen und büßen damit langfristig weitere Finanzmittel ein. –
114 Finanzschwache Kommunen stabilisieren ihre kommunalen Haushalte in
115 Ermangelung von Alternativen durch das Anheben von Gebühren und Steuern.
116 Die Bürger*innen werden dadurch stetig weiter belastet; weitere
117 Einsparungen führen zudem zu einer Verschlechterung der Lebensqualität vor
118 Ort. In der Folge wandern Unternehmen in andere Städte ab, wodurch sich
119 die Finanzlage weiter zuspitzt.

120 • Finanzschwache Kommunen haben einen strukturellen Nachteil beim Anwerben
121 von qualifizierten Verwaltungsmitarbeiter*innen. – Das durch die ohnehin
122 schon schlechte finanzielle Ausstattung erzeugte unattraktive

123 Arbeitsumfeld verstärkt den schon existierenden Fachkräftemangel noch
124 einmal dramatisch. Dieser Personalmangel sorgt für ein allgemeines
125 Abrutschen der Lebensverhältnisse und ein damit noch unattraktiveres
126 Arbeitsumfeld.

127 • Finanzschwache Kommunen können die Aufgaben, die bei Ihnen liegen nicht
128 ausreichend erfüllen. – Finanzschwache Kommunen haben Schwierigkeiten,
129 Hilfsangebote (z.B. aufsuchende Sozialangebote, Hilfen zur Pflege,
130 (inklusive) Jugendhilfe, Ganztagsbetreuung in Kita und Schule, o.ä.) in
131 ausreichender Menge und Qualität zu finanzieren, womit die Menschen länger
132 in den Sozialsystemen bleiben, als notwendig wäre.

133 Die Verletzung des Prinzips der auskömmlichen Finanzierung pflichtiger Aufgaben
134 hat in der Vergangenheit die Folgen des Strukturwandels verstärkt und für große
135 Unterschiede in der Lebensqualität und Attraktivität von Regionen gesorgt.
136 Wirksamere Kontrollmechanismen und eine auskömmliche Finanzierung der
137 pflichtigen Aufgaben in den Kommunen schon in der Gesetzgebung („Wer bestellt,
138 bezahlt“) sind nötig.

139 Dabei halten wir die Finanzierung über Fördermittel des Bundes keineswegs immer
140 für eine gute Alternative: Sie ist volkswirtschaftlich nicht zielführend, unter
141 anderem, weil sie mit hohen Bürokratie- und Kontrollaufwänden verbunden ist.
142 Eine unmittelbare kommunale Verwendung der Mittel würde hingegen die Demokratie
143 vor Ort stärken. Es ist daher als erster Schritt wichtig, dass es weiterhin
144 einen zielgerichteten Bürokratieabbau bei kommunalen Förderprogrammen – etwa
145 durch einen ausdauernden Einsatz für schlanke Richtlinien, zentrale
146 Förderplattformen und digitale Antrags- und Bewilligungsverfahren – gibt.

147 Es reicht nicht, unsere Kinder vor fiskalischen Schulden zu schützen, ihnen aber
148 eine marode Demokratie und Infrastruktur aufzubürden – und eine unbewohnbare
149 Welt. Das Gegenteil ist der Handlungsauftrag von Politik: Die Vision einer
150 nachhaltig lebenswerten Welt im Heute mit einer langfristig auskömmlichen
151 Finanzierung zu hinterlegen, um durch kluge Investitionen das Versprechen einer
152 sozialökologischen Transformation Realität werden zu lassen.

153 Die Bekämpfung der Klimakrise, die Verteidigung der Demokratie und die
154 Gestaltung der offenen Gesellschaft entscheidet sich vor Ort. Hier wird für
155 Bürger*innen sichtbar, welche Rolle die öffentliche Hand im eigenen Leben spielt
156 und wie wir durch ein starkes Gemeinwesen vorankommen. Dafür muss es in allen
157 Kommunen wieder vorwärts gehen!

Begründung

Änderungsanträge sind nicht möglich, da dies ein breit vorabgestimmter Antrag ist.